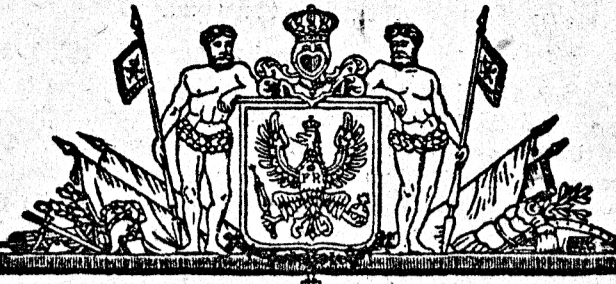


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eiban, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Der unabhängige Abg. Gareis erschossen.

### Bayerische „Faschisten“.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“,  
München, 10. Juni.

Der unabhängige Landtagsabgeordnete Karl Gareis wurde am Donnerstagabend in München, nachdem er in einer Versammlung über die drohende Verkirchlichung der Schule gesprochen hatte, am Eingang zu seiner Wohnung in Schwabing von einem noch unbekanntem Täter durch einen Kopfschuß, der beim Ohr eindruck und im Gehirn stecken blieb, tödlich verletzt. Gareis starb im Krankenhaus, wohin er gebracht worden war.

Zu der Mordtat werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Kurz nach 11 Uhr verließ Gareis in Begleitung eines Freundes die Versammlung, in der er gesprochen hatte, und fuhr mit ihm bis zum „Großen Wirt“ nach Schwabing, von wo er nach seiner in der Frenstraße gelegenen Wohnung etwa 4 Minuten zu gehen hatte. Er stand mit seinem Freunde am Vorgarten, um sich zu verabschieden, halb nach links mit dem Rücken gegen die Straße gewandt. Da fielen plötzlich aus unmittelbarer Nähe, etwa sieben Meter Entfernung, 4 Schüsse. Die Kugel des einen Schusses drang hinter dem linken Ohr in das Gehirn und blieb stecken, während die übrigen Schüsse fehl gingen. Gareis brach zusammen.

Sein Freund konnte keinen Täter erblicken, rief jedoch sofort um Hilfe. Schutzeleute, die in der Ungererstraße, von der die Frenstraße abzweigt, sich aufhielten und die Schüsse ebenfalls gehört hatten, kamen herbei, sowie Personen aus der Nachbarschaft. Der Abgeordnete wurde vom städtischen Rettungsdienst in das Schwabinger Krankenhaus gebracht und starb heute morgen 4 Uhr.

Die einzige bisher festgestellte Zeugin der Tat außer dem Freund ist ein Dienstmädchen, das in kurzer Entfernung hinter den beiden gleichfalls in die Frenstraße eingebogen war. Das Mädchen erklärte, daß es einen Mann beobachtet habe, der in schnellen Schritten gleichfalls von der Ungererstraße aus zwischen ihr und den beiden Männern durchging, um die andere Seite der Frenstraße zu gewinnen und von dort zu schließen begonnen habe. Er sei hierauf in der Richtung gegen den Englischen Garten gestoben. Es muß bemerkt werden, daß die Straße sehr schlecht beleuchtet und es kaum möglich ist, jemanden dort von Angesicht zu erkennen. Gareis war seit einem halben Jahre verheiratet.

Eine Gerichtskommission hat am Tatort photographische Aufnahmen gemacht und den Freund des Ermordeten sowie das Dienstmädchen vernommen. Eine in der Nähe wohnende Dame will nach der Tat an das offene Fenster geeilt sein und zwei Leute mit einer Blendlampe in der Richtung gegen den Englischen Garten zu flüchten gesehen haben.

Die Ermordung des führenden Abgeordneten der Unabhängigen steht nicht vereinzelt da. Bayern, das die rechtsstehenden Kreise mit Vorliebe die „Ordnungszelle“ nennen, hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe politischer Mordtate gesehen. An dem politischen Charakter des Verbrechens, das gestern verübt wurde, ist kaum zu zweifeln. Die Folgen sind noch unabsehbar. Auf die Ermordung Eisners ist seinerzeit die tolle „Rätezeit“ gefolgt. Diesmal sind allerdings die Machtverhältnisse so weit verschoben, daß eine Aktion von vornherein aussichtslos wäre. Immerhin ist damit zu rechnen, daß die Mordtat an Gareis, der kurz vorher in der Nacht zum 3. Juni ein Ueberfall auf den mehrheitssozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sängler vorausgegangen war, von der Münchener Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei als eine gewollte Provokation aufgefaßt wird. Die Ausschreitungen der italienischen Faschisten sind von der rechtsradikalen bayerischen Presse geradezu als Vorbild gepriesen worden, und zwar im Zusammenhang mit der Entwaffnung. Der „Miesbacher Anzeiger“, in dem sich Ludwig Thoma als Leitartikler betätigt, wies noch am 5. Juni ausdrücklich auf das italienische Beispiel hin. Er schrieb:

„Vielleicht geht einmal dem Volke die Geduld aus, und es wird alle diejenigen, die andauernd das bayerische Volk bei der Entente verkaufen, nach der Art traktieren, wie in Italien die Faschisten dem internationalen Gendarm den Respekt vor der Heiligkeit einer Nation einbringen. Wenn die Herren den Kampf nun darauf einstellen wollen, wir sind bereit und pfeifen dann auf jeden Paragraphen, der dem Volkswohle entgegensteht. Wir haben nur einen Paragraphen, den wir respektieren, und der lautet: „Wer am Volke Hochverrat übt, der werde vom Volke geächtet!“

Gareis hatte sich gerade in der letzten Zeit besonders der Bekämpfung der Einwohnerwehr gewidmet. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit dabei die Grenzen der Sachlichkeit überschritten worden sind. Jedenfalls erweckt die Mordtat den Eindruck, als ob es sich um einen terroristischen Versuch rechtsradikaler Gruppen handele, den An-

ordnungen der Regierung und den Aufforderungen der Führer der Einwohnerwehren zum Trotz gegen die Entwaffnung zu demonstrieren. Gareis hatte sich bereits früher den Haß dieser Kreise dadurch zugezogen, daß er im Oktober vorigen Jahres eine führende Rolle in der Angelegenheit des früheren Reichwehrsoldaten Dobner spielte, der angeblich ermordet werden sollte, weil er sich erboten hatte, geheime Waffenlager an die Entente zu verraten. Der Feldzug, den Gareis damals einleitete, schoß ohne Zweifel über das Ziel hinaus. Wichtig ist aber ohne Zweifel, daß an Zahl kleine, aber vor keiner Gewalttat zurückschreckende Geheimbünde in München ihr Wesen treiben.

Das Attentat gegen Gareis hat hoffentlich dem Haß den Boden ausgeschlagen und wird die Regierung veranlassen, mit rücksichtsloser Schärfe einem Unwesen ein Ende zu machen, das den guten Namen Münchens schändet und die schwersten Gefahren für die öffentliche Ordnung heraufbeschwört. Es wäre ungerecht, die Regierung für die Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Sie hat nur bisher nicht die Energie besessen, die notwendig gewesen wäre, um dem terroristischen Treiben ein Ende zu machen. Sie wird jetzt zusehen müssen, wenn sie nicht die Staatsautorität aufs Spiel setzen will.

In der Tat scheint die Regierung ihre Verpflichtung zu erkennen. Sie hat, wie uns die bayerische Gesandtschaft mitteilt, sofort auf die Ergreifung des Mörders, von dem bis jetzt noch jede Spur fehlt, eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt und dem Landtag eine Rundgebung zugehen lassen, in der sie die Tat auf das schärfste verurteilt. Es muß erwartet werden, daß ohne Ansehen der Person allen Spuren nachgegangen wird, um den gefährlichen Verwicklungen, die sonst unausbleiblich wären, entgegenzuwirken.

## Der Aufruf der Regierung.

Ämtliche Meldung.

München, 10. Juni.

Die bayerische Staatsregierung gibt der schärfsten Entschiedenheit Ausdruck über die Freveltat, welcher in der vergangenen Nacht der Landtagsabgeordnete Gareis zum Opfer gefallen ist. Die Staatsregierung bedauert aufrichtig, daß dieser durch hohe Geistesgaben ausgezeichnete Mann durch die ruchlose Tat eines gewissenlosen oder fanatischen Menschen so plötzlich aus dem Leben gerissen worden ist, und spricht dem Landtag und den Hinterbliebenen ihre wärmste Teilnahme aus. Leid ist es bis jetzt nicht gelungen, den Täter festzustellen. Die Staatsregierung wird alles aufbieten, ihn ausfindig zu machen und die Motive seiner Tat aufzuklären. Zu diesem Zweck hat die Polizeiverwaltung bereits alle Maßnahmen getroffen und eine Belohnung von 5000 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt. Die Staatsregierung richtet bei diesem Anlaß erneut an alle Bevölkerungsteile die ernsteste Mahnung, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und die Regierung in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Wie uns aus München noch gemeldet wird, nahm der Landtag in Abwesenheit der Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung durch den Vorsitzenden des Befolgungsausschusses, den Abgeordneten Giehr von der Bayerischen Volkspartei das tiefste Bedauern und den größten Abscheu über das nicht genug zu verurteilende Verbrechen auszusprechen. Die Anwesenden erhoben sich zum Zeichen der Teilnahme und der Trauer von ihren Sitzen.

Der Präsident des bayerischen Landtags richtete an die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ein Schreiben, in dem er von einem harten und klaren Worte spricht und erklärt, die Tat habe den ganzen Landtag auf das höchste erbittert.

## Die Waffenabgabe in Bayern.

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet offiziös: Mit dem 9. Juni ist die von der Interalliierten Kontrollkommission geforderte Frist zur Ablieferung der schweren und eines Teils der leichten Waffen der Einwohnerwehren abgelaufen. Es läßt sich jetzt bereits mit Sicherheit übersehen, daß es, namentlich im Verfolg der Entschließung der bayerischen Wehren zur freiwilligen Waffenabgabe, gelungen ist, diese Frist einzuhalten.

## Lippe ohne Präsidium.

b Detmold, 10. Juni.

Wir meldeten heute früh den gestern erfolgten Austritt des Volksparteikers Müller aus dem Landespräsidium von Lippe. In der Sitzung des Landtages legten heute auch die Landespräsidenten Reumann-Hofer (Dem.) und Drake (Soz.) ihre Ämter nieder. Lippe ist daher ohne Landespräsidium.

## Arbeiter im Aufsichtsrat.

Von  
Dr. Erwin Steiniger.

Das Betriebsrätegesetz gibt den Arbeitern das Recht auf Vertretung im Aufsichtsrat der aktiengesellschaftlich organisierten Erwerbsunternehmungen. Um die praktische Gestaltung dieser Vertretung hat im Reichswirtschaftsrat soeben ein scharfer Kampf stattgefunden. Die Arbeitgeber wollten die Befugnisse der Arbeitermitglieder des Aufsichtsrates auf die Wahrnehmung und Verteidigung der reinen Arbeitnehmerinteressen beschränken. Die Arbeiter wünschten, daß ihre Repräsentanten vollberechtigte Aufsichtsräte würden wie die des Kapitals. Ihr Standpunkt drang schließlich durch; der „Vorstoß“ der Arbeitgeber wurde zurückgewiesen.

Damit ist gegen ihren Willen, auch den Unternehmern ein wertvoller Dienst erwiesen worden. Denn gefährlich können, vom Unternehmerstandpunkte, die Arbeiteraufsichtsräte nur werden, wenn man sie durch Einschränkung ihrer formalen Rechte gewaltsam in eine Oppositionsstellung drängt. Wenn man dem Arbeitermitglieder des Aufsichtsrates von vornherein verbietet, sich um die allgemeinen Interessen des Unternehmens zu kümmern, kann man von ihm nicht erwarten, daß er bei der Vertretung der Sonderwünsche der Arbeitnehmer auf diese Interessen Rücksicht nimmt. Wenn man ihn, obwohl er dem Kollegium der Leitenden oder Kontrollierenden angehört, von ihren gemeinsamen Erwägungen und ihrer gemeinsamen Willensbildung ausschließt, kann man von ihm nicht verlangen, daß er sich mit ihnen und dem Unternehmen, dessen Besitz und Führung sie repräsentieren, solidarisches fühle. Er wird dann seine Aufgabe so erfüllen, wie sie ihm die Unternehmer durch die Beschränkung seiner Rechte selbst zuweisen: er wird auf jede Tatsache und jede Bemerkung lauern, die ihm Gelegenheit gibt, für die Arbeitnehmer, die er vertritt, neue Forderungen zu erheben.

Wenn er vollberechtigtes Aufsichtsratsmitglied ist und von den „Kollegen“ entsprechende Behandlung erfährt, wird diese Gefahr geringer sein. Sein Wirken und das Ergebnis seines Wirkens wird dann wahrscheinlich seine Auftraggeber, die Arbeiter, stark enttäuschen; den Vertretern des Kapitals wird es, wenn sie sich erst mit dem Ungewöhnlichen abgefunden haben, ihre Kreise kaum sonderlich stören.

Denn die Arbeiter überschätzen die Position, die sie im Kampfe um wirtschaftliche Mitbestimmung und Mitführung im Aufsichtsrat erobert, sehr stark. Im „Vorwärts“ ist kürzlich sehr treffend ausgeführt worden, daß der Arbeiterschaft die geistigen Voraussetzungen für die wirkliche, allgemein wirtschaftliche Mitwirkung an der Unternehmensführung vorläufig noch fehlen. Sie müssen erst geschaffen werden; die Vertreter der Arbeiter müssen erst in die Tatsachen und Zusammenhänge eindringen, die den Führungentscheidungen zugrunde liegen. Die Frage ist zunächst weniger ein Macht- als ein Schulungsproblem. Für die Lösung dieses Schulungsproblems aber ist der Aufsichtsrat ein sehr wenig geeignetes Organ.

Der Aufsichtsrat ist ein Institut der Aktiengesellschafts-demokratie. Aber die Demokratie ist im Aktienwesen bekanntlich sehr formaler Natur. Dieser Formalismus charakterisiert zu einem großen Teile auch die offizielle Tätigkeit des Aufsichtsrates, seine Tätigkeit als Gremium. Der Aufsichtsrat hat nach dem Gesetze gewisse Mittelungen entgegenzunehmen, gewisse Prüfungen durchzuführen. Er „erledigt“ diese formalen Verpflichtungen meist mit formaler Kürze in Sitzungen, die nicht sehr häufig aufeinander folgen. Die Berichte, die er anhört, die knappen Debatten, die er führt, mögen „Wissenden“ sehr viel sagen. Aber eine Lerngelegenheit für Leute, die von einer ziemlich elementaren Basis aus in die Geheimnisse der Unternehmensführung „eindringen“ wollen, sind sie schwerlich.

Natürlich sitzen in den Aufsichtsräten sehr oft Männer, die auf die Leitung des Unternehmens den stärksten Einfluß üben — stärkeren bisweilen als der Vorstand selbst. Aber in den offiziellen Aufsichtsratssitzungen kann man diese Männer nicht beim Regieren beobachten. Dort treten — für den Unkundigen vielleicht kaum merkbar — die fertigen Resultate ihrer Einwirkungen zutage. Die Leitungstätigkeit der Aufsichtsräte, die nicht bloß Sinekuristen sind, vollzieht sich in ihren Privatbüros und denen der Direktoren, am Telefon und im Hotelzimmer, sie vollzieht sich überall eher als am Beratungstische des Aufsichtsrates.

Der Arbeiter wird aus diesen überwiegend formalen Sitzungen von Augen, die es immer sehr eilig haben, herzlich wenig heim und in die Betriebsversammlung bringen. Er braucht für die Schulung zur Mitbestimmung andere Stätten.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob diese Schulung im Unternehmen selbst oder auf einer höheren Stufe, in der sachlich und regional zusammengefaßten Gewerkeorganisation einzusehen hat. Aber jedenfalls muß sie der Tatsache angepaßt sein, daß die Arbeiter in den Fragen der Wirtschaftsführung nicht Wissende, sondern Unwissende sind. Um geduldiges, dauerndes Zusammenarbeiten Erfahrener und Unerfahrener, Lehrender und Lernender